

DAS FREIE FORUM

S 205 66F
ISSN 1432-0223

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 2

61. Jahrgang

April/Mai/Juni 2021

Sachsen-Anhalt-Wahl – der Osten ist anders

Der letzte Stimmungstest vor der Bundestagswahl am 26. September, die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, brachte einen deutlichen Dämpfer für die drei linken Parteien: Absturz der SED-Nachfolgeorganisation auf 11 %, Abgleiten der SPD in die Einstelligkeit (8,4 %) und Auf-der-Stelle-Treten bei den Grünen bei unter 6 %. Damit gab gerade einmal ein Viertel der an die Wahlurnen geschrittenen Sachsen-Anhaltiner linken Parteien ihre Stimme. Hingegen mehr als Zweidrittel der Wähler machten ihr Kreuz bei bürgerlichen Parteien der Mitte (CDU, FDP, Freie Wähler) und rechts davon. Dabei ist zu berücksichtigen, daß CDU und FDP im Osten der Republik weniger den zeitgeistigen Erscheinungen erliegen als ihre Kollegen im Westen. So befürworten etwa einige CDU-Mandatare eine Zusammenarbeit mit der AfD und lehnen eine weitere Zusammenarbeit mit den Grünen in Magdeburg ab.

Zweifellos handelte es um eine Persönlichkeitswahl zugunsten des amtierenden Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (67). Der schon seit 2011 regierende Landesvater entwickelte seinen eigenen Kurs und ging oft auf Konfrontation mit der Bundespartei und Angela Merkel. Man denke nur an Haseloffs Widerstand gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags, wo er auf AfD-Linie lag. Die Bürger erteilten einem Linkskurs im Lande eine deutliche Absage und wollten klare Verhältnisse. Daß die AfD weiterhin in der Opposition bleiben werde, stand von vornherein fest. Nur dank Leihstimmen aus den Reihen anderer Parteien, insbesondere der SPD, und Aktivierung bisheriger Nichtwähler konnte die CDU auf gut 37 % zulegen. So verwundert es auch nicht, daß die Schwarzen alle Direktmandate außer dem im südlichsten Landkreis (Zeitz, an die AfD) gewinnen konnten.

Bei der Frage, warum die AfD trotz fulminanten Wahlkampfes und eindeutiger Aussagen zur inneren Sicherheit und Merkels Covid- sowie Ausländerpolitik mit ›nur‹ 20,8 % ein Minus von 3,4 % einfuhr, dürften einerseits Regierungs- und Medienpropaganda ›gegen rechts‹ und andererseits ein vermeintlich konservativer Haseloff als ›kleineres Übel‹ eine Rolle gespielt haben. Tatsache ist aber auch, daß die AfD im Osten der Republik mit 20 plus x eine feste Größe im Parteienspektrum ist. Als unbestritten zweitstärkste Kraft ist sie nun die glaubwürdigere Protestpartei in Mitteldeutschland und Stimme der ›kleinen Leute‹. ■



Und wieder verbrannte Heimat

Zeitzeichen, Symptom oder Schicksal? Oder schlicht eine Hervorhebung zerzieherisch mißlungenen Menschentums? Über beidem philosophierend die Frage: Unde malum? Der verheerende Brand, der die Gedächtnisstätte in Guthmannshausen – letzte Heimstatt zahlreicher, namenloser Opfer des Zweiten Weltkrieges – in mahnender Wiederholung vernichtet hat, ist eigentümlich dieses: ein Phänomen der Fehlstellungen im politischen Skelett einer deutschen Marionette. Entscheider und Bestimmer haben versagt in ihrer Annahme, für Frieden und Gerechtigkeit im Land zu sorgen. Der Truchseß hat sein Lehen bescholten, schweigend im Nachgang und unfähig einer Stellungnahme ob der Geheimhaltung der Agenda des Bösen unserer Tage. Wenig später im gleichen Theater: Öffentliche Grab- und Drohreden anlässlich einer von Unbekannten »angesengelten« Israelfahne. Mit welchem Maß wird hier gemessen? Wer verteilt die Maulkörbe? Welches Gliedmaß muß noch brennen, damit sich deutsche Herzen für die eigene Sache endlich entfachen?

Der Anschlag auf die Gedächtnisstätte war der vorläufige Höhepunkt einer politisch motivierten Anschlagsserie im Thüringer Raum, vermutlich nicht der letzte. In unangenehmer Erwartung höchstwahrscheinlicher Übergriffe befinden sich nun jene, die bisher verschont blieben. Kriminalistisches Spüren und Fahnden bezeugt den amtierenden »Rechtsstaat«, doch es lohnt auch immer die den Menschen das Leben lehrende Übersicht: Ursache und Wirkung umschlingen einander folgerichtig im endlosen Drama um »Recht und Unrecht«, und die »verordnete Sühne« ist ein geliebtes altes Laster der Voyeure in der Theaterloge, welche mit fordernden Rufen an die Akteure Fehden, Kriege und Kataklismen heraufreizen und etwaige Opfer für einen einstweiligen Schulterluß mit dem hausgemachten Feind mißbrauchen. Der Vorhang fällt. Der peinlich berührte Zuschauer im Parkett klatscht, geht. Doch die Trümmer verlassen diesen Saal nicht, sie sprechen stumm für sich.

Der Tatsachenbericht: Am Abend des 23. April rücken mehrere Löschzüge der Feuerwehr im beschaulichen Ort Guthmannshausen ein. Anwohner des historischen Rittergutes hatten gegen 18 Uhr Alarm geschlagen: Das Hauptgebäude, Sitz des Vereins Gedächtnisstätte, steht in Flammen! Die Löscharbeiten beginnen bereits eine halbe Stunde später und werden bis zum nächsten Morgen andauern. Schnell strömen Menschen herbei und erleben das Unfaßbare: Deutschlands einziger Andachtsort für 12 Millionen zivile Deutsche – umgekommen durch Vertreibung, Fluchtanstrengung, Mißbrauch, Frost und Brand – nun selbst eine Stätte der Zerstörung! Zudem hat das Städtchen den wahrzeichlichen Verlust des 800-jährigen Gutshauses zu beklagen, der Eigentümer seine denkmalgeschützte Immobilie. Schnell stellt sich heraus, daß auch die Gedenktafeln im Garten des Anwesens entstellt und entehrt wurden. Hier war gegnerischer Mutwillen am Werk. Offenbar wurde für die Brandlegung ein günstiger Moment abgepasst – der einzige Bewohner des Gebäudes hatte kurz zuvor das Gelände mit dem Auto verlassen. Ein dreister Plan wird nun umgesetzt: Die Umzäunung wird niedergerissen, das Hauptportal ins Innere des Hauses aufgebrochen. Präzise und skrupellos werden an den historischen Holzinnenbauten Brandherde gelegt, so, daß Flammen und Sauerstoff wie in einem Kaminabzug durch das Kuppeldach, den höchsten Punkt des Hauses, ihren Weg finden. Durch den finalen Einsturz des Dachgebälks ist der Schaden im Haus total. Was die Flamme nicht fraß, ertrinkt im Löschwasser. Die an- und abrückenden Täter wurden nicht gesehen. In den darauffolgenden zwei Wochen ermittelt die Polizei vor Ort, dann wird das Gebäude freigegeben. Eine Flut an Solidarität, tätiger und finanzieller Hilfe erreicht den Verein Gedächtnisstätte in den Tagen und Wochen nach dem schrecklichen Ereignis. Der Wiederaufbau ist beabsichtigt und bereits angepackt.

Wieder ein Stück verbrannte Erde im ›Nachkriegsdeutschland‹ des 21. Jahrhunderts, aber auch wieder ein Stück Heimatseele, das unverdrossen zurückgeholt wird. Denn Stein und Eisen können brechen, niemals aber ein tapferes Herz.



Finanzielle Spende für den Wiederaufbau:

Konto/
Empfänger:
Aufbruch Heimat
Verwendungszweck:
Wiederaufbau
Guthmannshausen
IBAN: DE94 8205
5000 0085 0169 42

Buchspende:

Jubiläumsschrift
(2017) **25 Jahre
Gedächtnisstätte
e.V.**, 120 S.,
zahlreiche farbige
Abbildungen.
Bestellung an
sekretariat@verein-
gedaechtnisstaette.de

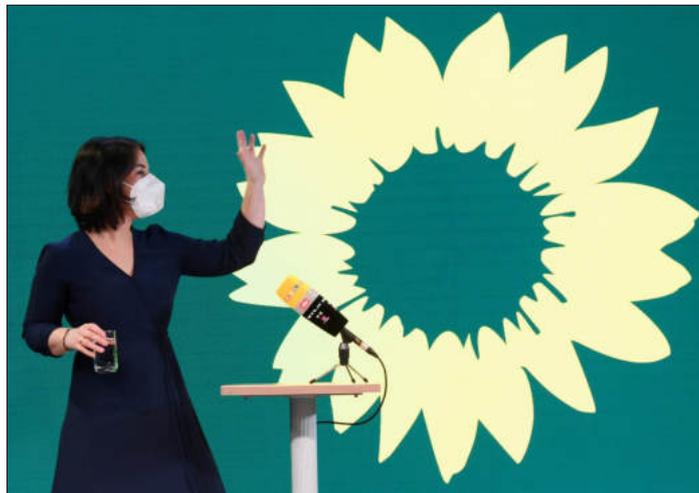


Wahlkampf 2021 – Sieg oder Niederlage der Grünen?

16 Jahre Kohl, 8 Jahre Schröder und 16 Jahre Merkel haben Deutschland nicht zum Besseren verändert. Es waren 40 Jahre neoliberaler Umbau, Beseitigung der sozialen Marktwirtschaft, Abbau der nationalen Souveränität zugunsten einer transatlantischen Verwaltungsdiktatur in Gestalt der EU, Durchsetzung einer humanitär-illusionären destruktiven Bevölkerungspolitik und Erneuerung der Konfrontationspolitik gegen Russland im Interesse der USA. CDU/CSU und SPD fürchten, für diese Politik vom Wähler abgestraft zu werden und lukrative Mandate zu verlieren. Selber hat man nach 16 Jahren Merkel keine Personen, denen das Wahlvolk großes Vertrauen entgegenbringen würde. Alles irgendwie verschlissen. Und da kommt eine alte Partei daher, als ob sie dem Frühling entsprungen wäre, und spielt mit seinem neuen Personal andauernde Flitterwochen. Die alten Führungspersonen aus den Grünen halten sich lächelnd zurück und sehen dem liebreizenden Spiel von Annalena Baerbock und Robert Habeck zu. Romeo und Julia sind in die Politik gesprungen. Sie verkörpern Glück und Zukunft. Es ist wie im Paradies, Löwe neben Lämmchen, Schakal neben Gazelle. Keiner beißt den anderen oder will ihn etwa fressen. Man schmust miteinander. Alle wollen nur das Gute. So was Gutes muss an die Macht. Jan Fleischhauer schreibt in *Focus-Online* vom 3.5.2021:

»Ginge es nach den Medien, kann auf die Bundestagswahl getrost verzichtet werden. Ich glaube, viele Redakteure bedauern insgeheim, daß man auch Leute an die Wahlurne läßt, von denen man weiß, daß sie die völlig falschen Ansichten vertreten. Wäre das Wahlvolk doch nur so weitsichtig wie die Journalisten, dann müßte man ihm auch nicht ständig vorkauen, wie es zu wählen hat. Daß Journalisten zum Fantum neigen, ist keine ganz neue Erkenntnis. Das Praktische bei der medialen Befassung mit den Grünen ist, daß die Fans gleich die Berichterstat-

Annalena Baerbock bei der Verkündung ihrer Kandidatur. Keine Partei positioniert sich so antinational wie die Grünen. Man darf gespannt sein, wie eine Kanzlerin Baerbock es mit dem Amtseid hielte, der darauf verpflichtet, »das Wohl des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden«. Vorerst hat sie aber u.a. mit aufgehübschtem Lebenslauf ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Foto: An-negret Hilse



tung übernehmen. Vergangene Woche setzte ein regelrechtes Wettrennen ein, wer die gefühlvollste Hymne anlässlich der Kanzlerkandidatur verfaßt. Der ›Tagesspiegel‹ ging mit der Zeile ›Und wenn Deutschland noch nicht reif ist für Annalena Baerbock?‹ ins Rennen. Daß sich der Reifegrad der Deutschen danach bemißt, mit welcher Prozentzahl sie die Kandidatin der Herzen ins Kanzleramt wählen, darauf wäre nicht mal der ›Bayernkurier‹ verfallen, und der hat sich einiges geleistet. Die ›Zeit‹ trumpfte mit der Überschrift ›Eine wie keine‹ auf: ›Mit Annalena Baerbock könnte erstmals eine Mutter Bundeskanzlerin werden. Schon ihre Kandidatur macht Millionen Eltern Hoffnung.‹ Sie müssen zugeben, da hört man die Geigen im Hintergrund. Den Vogel abzuschießen gelang allerdings dem ›Stern‹, der Baerbock auf dem Titel umstandslos zur Hoffnung per se kürte: ›Endlich anders.‹

Denjenigen, die eine Bundeskanzlerin Baerbock und die Dominanz der Grünen im Bundestag wollen, scheint es in ihrem Übermut einfach zu gut gehen. Sicher glauben sie, daß eine »marktkonforme Klimademokratie« ihr gutes Leben nicht beschädigen wird. Der tägliche Müsliriegel wird wie eine tägliche Hostie die Seele aufbauen. Doch für die Grünen ist die Bundestagswahl noch nicht gewonnen. Schließlich sind auch die CDU und die SPD noch da, und sie haben viel zu verlieren: Macht und Geld. Beides läßt man sich nicht gerne nehmen. Gabor Steingart meint am 17.5.2021 im *Morning Briefing*, daß die Ausrufung der Kanzlerkandidatin Baerbock und die Proklamation des Anspruchs auf die Macht im wichtigsten Industrieland Europas ein Kardinalfehler der Grünen gewesen seien. »Nicht die Partei hat sich dadurch verändert, wohl aber die Beleuchtung auf sie.« Man schaut jetzt genauer darauf, was die Grünen wollen und wie es aus den Zirkeln der Partei herausschallt. Steingart weiter:

»So wetteifern denn im öffentlichen Diskurs die Sehnsüchte nach ökologischem Fortschritt mit



Eine linke Berliner Republik liegt im Bereich des Möglichen. Alexander Kissler (*nzz.ch*, 16.5.2021) meint, daß ein Linksbündnis unter grüner Führung gute Aussichten für die Staatsbürokratie bedeuten würde und schlecht für die Freiheit wäre, denn – so CDU-Generalsekretär Ziemiak – die Grünen wollen bevormunden und dafür sorgen, daß die Menschen so leben, wie die grüne Partei es gerne möchte«. Abbildung: volksverpetzer.de

Alexander Neubacher: »Der Fall Boris Palmer zeigt: Die Grünen fordern gern mehr Diversität, doch ihre eigene Debattenkultur ist so vielfältig wie ein Maisfeld in Brandenburg.« (*Der Spiegel*, 15. 5.21)



Gabor Steingart
(Foto: Phil Dera)

Wenn eine Aktie sechs Monate hintereinander steigt, glauben die meisten Anleger, daß sie auch in Zukunft steigen werde. Steingart meint, daß dieses Phänomen u.a. auch für die Extrapolation von künftigen politischen Entwicklungen gilt: »Die zuvor prognostizierten Extremausgänge von Wahlen fallen meist am Wahlabend in sich zusammen wie ein erkaltes Soufflé.« Die wahnsinnige Überhöhung der Grünen im Vorfeld durch die Medien (ihr Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt würde »durch die Decke gehen«!) und das Wahlergebnis unterstreichen dieses Phänomen aufs Neue. Martin Schulz – und nicht nur er – kann ein Lied davon singen.

den Befürchtungen, der Fortschritt könnte ein Rückschritt sein. Fragen von sehr grundsätzlicher Bedeutung sind aufgeworfen: Wer soll die angekündigte Dekarbonisierung der deutschen Volkswirtschaft eigentlich bezahlen? Und wird hier nur mit Geld bezahlt oder auch mit Wohlstandsverlusten von Chemiearbeitern, Pendlern, Landwirten, Flugzeugbesatzungen und Automobilherstellern? . . . Auch die außenpolitische Dimension dieser Wahlentscheidung rückt nun in den Fokus: Nutzt oder schadet die Durchsetzung des grünen Programms dem europäischen Interesse? Was wird aus einer Wirtschaftsstruktur, die den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg einen beispiellosen Wohlstand bescherte und die heute den Kern vom Kern des europäischen Projekts bildet? Wer es wissen will, der weiß es: Scheitert Deutschland, scheitert Europa. Fazit: Inhaltlich dürfte das der spannendste Bundestagswahlkampf seit der Willy-Wahl von 1972 werden. Es geht jetzt nicht mehr nur um die behaupteten Unterschiede, sondern um tatsächliche. Die Grünen bleiben eine Projektionsfläche, aber seit diesem Wochenende eben auch eine Projektionsfläche für Überforderungs- und Verlustängste.«

So weit Gabor Steingart. Der Wahlkampf 2021 geht erst noch richtig los. Bisher konnten die Grünen sich allein darstellen und sind in einer fast wahnhaften Euphorie. Jetzt wird von der politischen Konkurrenz, aber auch von den besorgten und interessierten Bürgern genauer hingeschaut. Vielleicht haben die Grünen die Funktion einer sogenannten »Opferanode«. Eine Opferanode ist eine Elektrode aus einem Stück unedlem Metall, das an Geräten und Fahrzeugen zum Schutz von Funktionsteilen aus anderen Metallen gegen Kontaktkorrosion eingesetzt wird. Das unedlere Material der Opferanode selbst wird dabei zerstört, also »geopfert«. Es könnte sein, daß die Grünen schon wieder den Zenit ihrer Euphorie und der Wählerillusion überschritten haben. Es bleibt den anderen Parteien nichts anders übrig: An den Grünen und gegen sie müssen die anderen Parteien ihre Programme schärfen und vielleicht die politischen Diskussionen ins Volk tragen. Das wäre sogar *demokratische Kultur*. Wenn der grüne und moralische Flitter vom Parteiprogramm der Grünen weggeflogen ist, kann sachlich über den Umbau der heutigen Industriegesellschaft gesprochen werden. Und da dürften die Grünen zwar laut, aber nicht kompetent sein. Ob CDU/CSU und SPD am 26. September 2021 abstürzen, liegt einzig und allein an ihnen sowie an den mit ihnen in einem politischen Boot sitzenden Chefredakteuren der großen Medien.

■ Frank Enberg

Die BRD im Wahljahr 2021

Nachdem in den Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die Grünen im allgemeinen und deren Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock im besonderen auf einer Welle der Sympathie geschwommen waren, beendeten bekanntgewordene Manipulationen im Lebenslauf von Frau Bockbier (O-Ton Uwe Steimle) sowie die grüne Wahlpleite in Mitteldeutschland den demoskopischen Höhenflug der vermeintlichen Öko-Partei. Und besagter Urnengang holte die CDU mit ihrem blassen Kanzlerkandidaten Armin Laschet aus der Krise und dem Umfragetief – und dies, obwohl ›Lusche Laschet‹ nichts zum Wahlsieg der Union im Haseloff-Land beigetragen hatte.

Man kann davon ausgehen, daß am Abend der Bundestagswahl vom 26. September letztlich doch die Union die Nase vorn haben und dann eine sog. ›Deutschland-Koalition‹ (CDU/CSU, SPD, FDP) bilden wird, so daß der Merkel-Kurs fortgeführt werden dürfte. Bei geringen Verlusten für die AfD – sie liegt derzeit bundesweit bei 12 % – wäre die einzig echte Oppositionspartei im Bundestag als feste Größe im Parlament zweistellig etabliert. Bei den parallel zur Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind keine großen Verschiebungen zu erwarten. Die AfD wird wohl ihre Position als starke Oppositionskraft verteidigen. Unter diesen Vorzeichen sind die Aussichten für die NPD, die in Mecklenburg-Vorpommern mit Parteichef Frank Franz als Spitzenkandidat antritt, denkbar ungünstig.

Die Entwicklung der AfD wird maßgeblich davon abhängen, ob bürgerlich-feige Gestalten wie der Unruhestifter Jörg Meuthen und dessen Adepten ihre Machtposition in der Partei ausbauen können. In der Illusion, man könne mittelfristig mit volksfeindlichen Kräften wie der CDU Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene bilden, scheuen sich diese Kräfte nicht einmal, mit Geheimdiensten gemeinsame Sache zu machen und Patrioten innerhalb der eigenen Partei anzuschwärzen. Wie die Union samt ihrem größten Opportunisten, Markus Söder, zu echten Konservativen und Heimatverbundenen steht, zeigt sich an deren Umgang mit der Wertunion oder ihrem südthüringischen Spitzenkandidaten Hans-Georg Maaßen. Diese vertritt die Positionen der Union der 1980er Jahre und wird dafür von Figuren wie Generalsekretär Pawel Ziemiak diffamiert.

Die Haltung von CDU/CSU zu Themen wie Abtreibung, Einwanderung, Frauenquote, Gender Mainstreaming, Homo-›Ehe‹, Identität, Klimawandel und Souveränität zeigt ganz deutlich den Grad der Verkommenheit dieser Partei. Ihre Bündnisse mit den Grünen in Baden-Württemberg und Hessen sind daher nur konsequent. Die freiheitlich-demokratische Einheitspartei Deutschlands, der neben den Altparteien nun auch die Linke angehört, wird demnach auch nach dem 26. September die BRD fest im Griff haben. Deshalb ist auch nicht mittelfristig mit einem Politikwandel in Bundesrepublikanien zu rechnen, sofern nicht gravierende Krisen wie Pleiten oder Währungsturbulenzen – und damit der Druck von der Straße – die Herrschenden zu grundlegenden Veränderungen zwingen. ■

Rechte Allianz in Sachsen

In Plauen hat ein Bündnis dafür gesorgt, dass ein »Demokratieprojekt« künftig keine Fördergelder mehr erhält. 8000 Euro waren bisher für das »Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage« reserviert, nun soll es in diesem und im kommenden Jahr keine Gelder aus dem Haushalt der Stadt erhalten. Das hat die CDU im Plauener Stadtrat mit Stimmen der AfD und der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei »III. Weg« erwirkt. Das Geld soll nun für andere »Demokratie bildende Projekte« ausgegeben werden. Der Schulterschuß der CDU mit »rechtsextremen« Akteuren von AfD und »III. Weg« sorgte, wie nicht zu anders zu erwarten, für breite Kritik. In einer Stellungnahme rechtfertigte die Plauener CDU ihr Vorgehen mit den Worten: Es gebe »keinen Monopolanspruch auf Demokratie, sie gehört allen demokratischen Kräften«. Daß die CDU eine Allianz mit der AfD schließt, mag verwundern, fordert die CDU-Basis doch eine klare Abgrenzung zur AfD nicht nur zuletzt im Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Im Frühjahr 2020 hatte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak unverhohlen behauptet: »Die Alternative für Deutschland ist eine in weiten Teilen antidemokratische, geschichtsvergessene, faschistoide und menschenverachtende Partei.«

Hinter der Streichung der Gelder steckt ein längerer lokaler Streit, der die Züge einer Posse hat. Das »Bündnis für Demokratie« wurde 2012 als »Runder Tisch« gegen rechtsextreme Propaganda und Aufmärsche gegründet. Neben vielen Vereinen und lokalen Initiativen hatten sich die CDU und die Satirepartei »Die Partei« ihm angeschlossen; die evangelische Kirche übernahm damals die Moderation. 2019 löste »Die Partei« reichlich Wirbel mit einem Wahlplakat aus, das Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer mit einem Riesenpenis und dem Zusatz »Aus langer Tradition« abgebildet wurde. Die Vorsitzende des Demokratiebündnisses, Ulrike Liebscher von den Grünen, teilte das Plakat auch noch auf ihrem privaten Facebook-Account. Die Plauener CDU sah einen Affront und ließ ihre Mitarbeit beim Bündnis ruhen. Anfang 2021 folgte auch der Rückzug der Kirche vom Bündnisvorsitz. Die CDU nahm das in der aktuellen Haushaltsdebatte zum Anlass, dem Demokratiebündnis die künftigen Gelder zu entziehen. AfD und »III. Weg« unterstützten dankbar diesen Schritt. Die drei Parteien kommen im Plauener Stadtrat auf 21 Abgeordnete der insgesamt 42 Mitglieder. (Quelle: *nd-aktuell*)

Plauen gilt übrigens als eigentliche Hochburg der Partei des »III. Weges«, wo diese im »Kampf für die Gemeinschaft« karitativ tätig ist mit Sachspenden für Obdachlose oder Kleiderverteilkaktionen. Außerdem bietet sie Hausaufgabenhilfe, Kochkurse, Geschenkaktionen zu Weihnachten und Jugendtreffen an. Die Linke Charlotte Roffalski, Sprecherin von »Fridays for Future Plauen«, gesteht (anerkennend?): »Diese Partei [III: Weg] hat in Plauen praktisch einen ganzen Stadtteil besetzt. Sie betreibt dort ein eigenes Haus mit sozialen Angeboten und etabliert eine Art Parallelstruktur. Wir halten es für sehr wichtig, den III. Weg aus Plauen zu verdrängen. Das Bündnis hat jetzt eine eigene Gruppe zu dem Thema gebildet. Wir brauchen die Braunen hier nicht.« ■

Österreich im schwarzen Politsumpf – FPÖ-Hofer trat zurück

Im Mai 2019 beendete Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) auf Grund der sog. Ibiza-Affäre die Koalition mit der FPÖ. Sein Argument damals lautete: »Man kann nicht Vizekanzler und Innenminister einer Republik sein, wenn gegen diese Personen ein Ermittlungsverfahren geführt wird.« Die Vorwürfe gegen den damaligen Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) lösten sich danach übrigens in Luft aus. Und nicht einmal zwei Jahre später sind schwarzer Kanzler und Finanzminister Gernot Blümel im Visier der Staatsanwaltschaft. Kurz wirft die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft (WKStA) vor, im Ibiza-Untersuchungsausschuß dreimal falsch ausgesagt zu haben. Eine Anklage ist durchaus wahrscheinlich.

Gegen seinen engsten Vertrauten Blümel ermittelt man wegen des Vorwurfs der illegalen Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic. Daher wurde bei Blümel auch eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Da er zu diesem Zeitpunkt seinen tragbaren Computer nicht bei sich hatte – seine Gattin trug das Gerät wohlweislich außer Haus spazieren –, konnte nur das Mobiltelefon ausgelesen werden. Dem waren aufschlußreiche Erkenntnisse zu entnehmen.

Brisant sind die mittlerweile öffentlich gewordenen SMS zwischen den Busenfreunden Kurz und Thomas Schmid (bis 8.6. Chef der Österreichischen Beteiligungs-AG, die die Beteiligungen der Republik an einigen börsenorientierten Unternehmen verwaltet), die mit Kußsymbolen versehen waren und Aussagen wie »Ich liebe meinen Kanzler« enthielten. Dazu kommt, daß bei einer Razzia auf Schmid's Mobiltelefon 2.500 Penisfotos gefunden wurden, was im Wiener Jargon – in Anlehnung an Watergate – als »Beidlgate« bezeichnet wird und Fragen über die sexuelle Orientierung dieser beiden unverheirateten Männer aufwirft. Sollte es zu einer Anklage gegen den Kanzler kommen, dürfte der grüne Koalitionspartner auf einen Rücktritt von Kurz pochen. Das türkise Experiment mit der Kurz'schen Buberlpartie wäre dann Geschichte.

An der Spitze der FPÖ gab es indes einen Wechsel. Norbert Hofer, seit Mai 2019 FPÖ-Chef, leidet seit seinem Paragleitunfall 2003 an einer schweren Wirbelsäulenverletzung, was ihn körperlich und mental beeinträchtigt. Als Politiker mit Harmoniebedürfnis und leisen Tönen galt er als das »nette Gesicht der FPÖ« und erreichte bei den Bundespräsidentenwahlen 2016 in drei Wahlgängen Spitzenergebnisse von bis zu knapp 50 %. In der Opposition profilierte sich jedoch der eloquente Maskenmuffel und Ex-Innenminister, der Kärntner Herbert Kickl, als bissiger Fraktionschef im Nationalrat, der Kurz & Co. frontal angreift. Hofer eierte zuletzt in der Causa Maskenpflicht herum und betonte als Dritter Nationalratspräsident seine Überparteilichkeit. Nachdem er erkannt hatte, daß die Fraktion 100 % zu Kickl's Aussagen steht, erklärte er seinen Rücktritt als Bundesparteiobmann. Kickl, der als scharfer Gegner der ÖVP gilt, dürfte – zumindest mittelfristig – die Obmannschaft der FPÖ übernehmen und damit der starke Mann der Freiheitlichen werden. ■



Von oben:
Gernot Blümel u.
Thomas Schmid

Stolpern in die Wasserstoffwirtschaft?

Gerade hat der Umweltschutzverband ›Friends of the Earth‹ den Shell-Konzern vor einem niederländischen Bezirksgericht verklagt, seinen CO₂-Fußabdruck bis zum Ende des Jahrzehnts annähernd zu halbieren. Dekarbonisierung mit Recht und Gewalt sind angesagt. Auch andere solcher juristischer Prozesse laufen oder sind geplant. Vorbild sind die Prozesse gegen die US-amerikanische Tabakindustrie, welche die Gefahren des Tabakrauches verharmlost habe. Etwa 200 Mrd. Dollar kostete das die US-Tabakindustrie. Bei Prozessen für den Klimaschutz könnte es die Erdölkonzerne je zwischen 38 und 82 Mrd. Euro kosten. Diese Strafen wären für die Energiekonzerne existenzgefährdend. Zwischen den Klimaschutzgruppen, Anwälten und den Gerichten scheint es mittlerweile symbiotische Verhältnisse zu geben. Die Politik, die meist an der Seite der Konzerne ruhte, ist aufgeschreckt. Der Wohlstandsbürger und seine Kinder, die gerne in Nichtregierungsorganisationen ihren Lebensunterhalt verdienen würden, wollen das Klima ganz schnell retten, koste es, was es wolle.

Klimaschutzpropaganda ist mittlerweile ein moderner Geschäftszweig. Historisch positiv ist dabei, daß indirekt auf Versäumnisse der technischen Entwicklung in der Vergangenheit aufmerksam gemacht wird. Wir könnten mit der Entwicklung unserer energetischen Basis der Volkswirtschaft weiter sein. Die Atomkraft hätte in den 90er Jahren eine energetische Basis für den Übergang in die Wasserstoffwirtschaft sein können. Mit Beschluß vom 5. November 1987 arbeitete eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema »Bedingungen und Folgen von Aufbaustrategien für eine solare Wasserstoffwirtschaft«. Der Bericht lag am 14.9.1990 in Länge von 112 Seiten vor. Nun, 30 Jahre später, legte die Bundesregierung eine »Nationale Wasserstoffstrategie« (Drucksache 19/20363 mit Datum vom 12.6.2020) vor. Parallel dazu wurde ein nationaler Wasserstoffrat gegründet. Seit 30. September 2020 entsteht ein Forschungsnetzwerk Wasserstoff mit über 1000 Mitgliedern. Natürlich hat die Wirtschaft nicht auf dem Gebiet Wasserstoffwirtschaft geschlafen, aber es gab anscheinend kein politisches Interesse und demzufolge wenig Unterstützung.

In Deutschland fahren im Jahr 2020 507 Autos mit Wasserstoff. Käuflich sind zwei PKW von Hyundai und Toyota. 2020 gab es 87 Wasserstofftankstellen, 2025 sollen es 400 werden. Mercedes hatte zwischen 1994 und 2002 fünf Prototypen und eine Kleinserie auf Basis der A-Klasse. Man hat sowohl Ottomotoren als auch Dieselmotoren getestet, ob sie mit Wasserstoff betrieben werden können. Es geht prinzipiell. Die Bundesregierung bevorzugt aber die Brennstoffzelle für einen zukünftigen Autoantrieb und fördert diese. Die Forschung an modernen Kraftstoffen wird durch die Bundesregierung nicht gefördert. Auch Wasserstoffleitungsnetze gibt es bereits in kleinem Umfang: 240 km im Ruhrgebiet, und in Sachsen-Anhalt gibt es ein 90 km langes Netz zwischen Rodleben-Bitterfeld-Leuna-Zeitz. Es ist etwas, aber nicht viel da. Aber unser Gasnetz ist auch wasserstofftauglich, so wie unser Stromnetz auch ›grünen‹ Strom leiten kann. Übrigens hatte das frühere Leuchtgas in den Städten einen Wasserstoffanteil von 51%.

Deutschland will in Sachen Wasserstoff zur führenden Nation werden. ›Grüner Wasserstoff, wie sich die Politgrünen ihn vorstellen, ist aber unpraktikabel, da der erforderliche elektrische Strom nicht zur Verfügung steht. Die Skizze (Leon Kühner) zeigt die sogenannte Pyrolyse aus Methan (= türkiser Wasserstoff).



Gegenwärtig gibt es Diskussionen zum Wasserstoff, ob er total ›grün‹ sein soll, also nur mit Fotovoltaik oder Wind produziert. Die Politgrünen möchten schon heute bestimmte Anbieter ausschließen, wie Russland mit ›türkischem‹ Wasserstoff, der auf Methanbasis unter Abscheidung von festem Kohlenstoff produziert wird. Übrigens ist Nord Stream 2 tauglich für die Lieferung von Wasserstoff aus Russland. In Australien wird Wasserstoff aus Braunkohle gewonnen, in Brunei sowie Saudi-Arabien wird ›blauer Wasserstoff‹ aus Erdgas gewonnen. In Deutschland ist durch die Grünen eine politische Verengung auf Gewinnung von Wasserstoff durch Elektrolyse aus Sonne und Windkraft passiert. Der erforderliche elektrische Strom steht nicht zur Verfügung, zumal auch noch die Elektromobilität durchgesetzt werden soll. Damit ist der Übergang in eine Wasserstoffwirtschaft mengenmäßig nicht möglich. Derzeit passiert der Ausbau von Wasserelektrolyse-Kapazitäten im Umfang von 5 Gigawatt, die Ende des Jahrzehnts ausgebaut sind. Das entspricht nicht einmal 15% des Bedarfs 2030.

Die Grünen, so ›edel‹ sie erscheinen, stehen echten Lösungen im Wege. Es geht nur in einem neuen System internationaler Wasserstoffpartnerschaften. Da sind politische und militärische Konfrontationen, wie sie uns aus den USA und der NATO aufgezwungen werden, reines Gift. Wer wirklich Klimaschutz will, der muss Frieden wollen und internationale Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil auf Basis des Völkerrechts. Trotz Bologna-Prozess im Hochschulwesen und ›Modernisierung‹ im Bildungswesen reichen unsere Potentiale noch für einen Übergang in eine neue Energiewirtschaft aus – aber nicht mehr lange. Vielleicht besinnen wir uns auch wieder darauf, daß Deutschland, Wissenschaft und Ingenieurkunst einst in einem Atemzug genannt wurden. ■ Fritz von Morgen

Deutschland sägt für die Welt

In Deutschland werden Rohstoffe knapp, und das nicht nur in der Elektrobranche, der die Computerchips ausgehen. Auch Metall, Kunststoff und andere Produkte sind inzwischen rar, leiden unter gestiegenen Frachtpreisen und sind auf jeden Fall teurer geworden. Vor allem die Baubranche ist betroffen. Im Handwerk brenne zur Zeit die Hütte wegen der Knappheit an Baumaterialien vor allem an Holz.

Laut ›Bundesverband der Deutschen Säge- und Holzindustrie‹ wurden 2020 20 Millionen Festmeter Rund- und Schnittholz 2020 exportiert, was einer Steigerung von über 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Und der Trend dauert an: Im ersten Quartal 2021 hat die deutsche Sägeindustrie knapp 1,5 Mrd. Euro umgesetzt, das sind 30 % mehr als im 1. Quartal 2020. Mehr als die Hälfte der Holzmassen wurde nach China geliefert, wo sich der ohnehin vorhandene Bauboom nach der überstandenen Pandemie noch einmal verstärkt hat. Auch die USA sind ein großer Abnehmer. Dort ist die Versorgung aus Kanada nicht so gewährleistet wie sonst – wegen größerer Waldbrände und der Strafzölle von Ex-Präsident Trump.

Während viele Gemeinden froh sind, ihr Sturm- bzw. Käferholz relativ schnell und zu einem angemessenen Preis losgeworden zu sein, hat das Wegsaugen des Rohmaterials Holz nach China und in die USA schwerwiegende Folgen: Seit März dieses Jahres ist der Holzpreis in die Höhe geschossen und hat sich inzwischen verdoppelt, der Dachlattenpreis gar verdreifacht. Offenbar haben sich die Sägewerke auf den Export eingestellt, weil sie damit zur Zeit wesentlich mehr verdienen als auf dem heimischen Markt. Die Preisexplosion verteuert den Hausbau erheblich. Dadurch, daß hierzulande Holz knapp wird, sind die Lieferzeiten wesentlich länger als sonst, haben die Handwerksbetriebe es immer schwerer, ihre Aufträge abzuarbeiten. Stillstand auf den Baustellen droht. Der Handwerksverband fordert daher ein Eingreifen der deutschen Politik, das wohl ausbleiben wird, da die politischen Verantwortlichen viel zu sehr dem globalen Freihandel anhängen. Manche unken schon, daß bei gleichbleibender Entwicklung der Baumarkt in absehbarer Zeit zusammenbrechen könnte, da Bauen dann möglicherweise so teuer sein wird ist, dass es sich fast niemand mehr leisten kann.

Und doch erfreulicherweise finden sich Fachleute, die sich dieser wahnsinnigen ›Entwicklung‹ erfolgreich entgegenstemmen. Ein Beispiel: Vier Schwarzwälder Handwerker aus der Holzbranche haben das Label ›Käferholz‹ gegründet, sorgen dafür, daß befallene Stämme schnell aus dem Wald geholt werden, und liefern exklusive Holzinterieurs und Möbel in besonderem Design. Für sie habe Käferholz »keine Mängel, nur Merkmale«, denn die Borkenkäferlarven fressen zwar ihre Gänge nur dicht unter der Rinde, die ohnehin weggesägt wird. Der angebliche ›Notexport‹ nach China zeitigt zudem eine verheerende Öko-Bilanz, wenn man bedenkt, daß das dorthin verscherbelt Holz u.a. zu Bau- oder Palettenholz verarbeitet wird, das dann in die ganze Welt geliefert wird. (Quelle: *Focus*, 8-21) ■

Kurzmeldungen

Zwang zur Gendersprache »rechtlich angreifbar« – das meint Friedrich Merz in einem *Spiegel*-Interview, und er wird wohl nicht der einzige sein, denn die überwiegende Mehrheit der Menschen, so seine Überzeugung, lehne die Gendersprache ab. Dabei kritisiert der CDU-Politiker Universitäten und TV-Moderatoren scharf. Damit die #Gender-Menschen ihr irrsinniges Repertoire erweitern, hatte Merz ein paar Anregungen parat: »Grüne und Grüninnen?«, »Frauofrau statt Mannomann?«, »Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Mutterland?«, »Hähnch*Innen-Filet?«, »Spielplätze für Kinder und Kinderinnen?« – und fragte, wer »diesen #Gender-Leuten eigentlich das Recht« gebe, »einseitig unsere Sprache zu verändern?« Daß Merz daraufhin von der »Twitter-Community« einen »Shitstorm« erntete, sagt viel über die heute weitgehend herrschende Zielkultur (USA) aus. (Quelle: u.a. *tagespiegel.de*, 23. 4.21, u. *T-online.de*, 9.5.21) Merz lobt hingegen Frankreich, wo allen staatlichen Institutionen untersagt wurde, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Der *Tagespiegel* berichtet, daß die Verwaltung des Bundestags gendert vorgelegte Anträge, Entschließungsanträge und so weiter nicht mehr korrigiert, Gendersternchen, Gender_Gap und andere Zeichen nicht mehr angepaßt werden, sondern dem Plenum in der eingereichten Form vorgelegt. In einem offenen Brief an den Bundestagspräsidenten Schäuble machte der ›Verein Deutsche Sprache‹ deutlich, daß auch Volksvertreter sich an die Regeln der amtlichen Rechtschreibung halten sollten, da allein diese verbindliche Strukturen vorweisen. Da die Abgeordneten die Sprachgemeinschaft vertreten würden, letztere aber das Gendern mehrheitlich ablehnen, sollten sich auch die Volksvertreter daran orientieren. (Quelle: ›Verein deutsche Sprache‹, 7.3.21)



Die Mehrheit der Deutschen lehnt ihn ab: den Genderstern. Ein CDU-Verband fordert ein Gender-Verbot für Behörden. (Bild: Imago)



Plakat für »Heino goes Klassik – Ein deutscher Liederabend«

Ist Heino zu deutsch? Dem Volksmusiker Heino wurde immer wieder vorgeworfen, er sei ein Rechter. Für den diesjährigen Herbst hat er in der Tonhalle Düsseldorf einen Liederabend angekündigt. Doch das Konzerthaus stört sich an der Bezeichnung »deutsch« im Titel: »Heino goes Klassik – Ein deutscher Liederabend«. Eine Sprecherin des Konzerthauses meinte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa), man störe sich »an dem etwas tümelnden Untertitel«. Die Tonhalle will Heinos Konzert am 8. Oktober daher auch nicht bewerben und verweist auf eine städtische Richtlinie, an die man gebunden sei: »Städtische Räume sind kein Ort für Hetze«. Heino reagiert fassungslos: »Bin ich ein Hetzer, weil ich deutsche Lieder von Brahms und Schubert singe?« Der 82-Jährige will den Titel aber keinesfalls ändern und erwägt, die Location zu wechseln. (Quelle: *ARD*, »Brisant«, 12.4.21)

Kirchengemeinde gendert Jesus. Manchen Entscheidern in der Kirche ist offenbar nichts zu peinlich: Mit dem Gendern von Jesus sorgte die Evangelische Kirchengemeinde Alt-Pankow für Empörung. Im Gemeindebrief wird dafür plädiert, Jesus keine sexuelle Identität zuzuschreiben. Es sei von einem »Jesus* für alle« die Rede. Pfarrerin Stefanie Sippel rechtfertigte die Formulierung: »Nach dem, was in der Bibel steht, können wir davon ausgehen, daß Gott eine Verbindung zu allen Menschen aufnehmen möchte. Durch die Menschwerdung in Jesus sollen sie sich Gott zuwenden können.« Die Festlegung auf ein bestimmtes Geschlecht könne aber eine Distanz aufbauen. »Deshalb kann Jesus sich nicht zu sehr auf eine sexuelle Identität festgelegt haben«, heißt es im Gemeindebrief. Erst im September 2020 hatte die Katholische Studierende Jugend (KSJ) bei zahlreichen Gläubigen Kopfschütteln verursacht, weil sie forderte, »Gott« künftig nur noch mit Genderstern zu schreiben. Durch eine entsprechende Kampagne soll ein anderes Gottesbild vermittelt werden, »weg von dem strafenden, alten, weißen Mann mit Bart hin zu einer Gottes*vielfalt«. (Quelle: u.a. *bild.de*, 11.12.2020)

Anglizismen in Stellenausschreibungen. In einer Glosse für die *Neue Zürcher Zeitung* setzt sich die Journalistin Claudia Rey mit der schönen neuen Arbeitsmarktrealität auseinander. »In Stellenanzeigen wimmelt es von Anglizismen«, so die Journalistin und gibt Beispiele der Verenglichung: Aus der »Chefsekretärin« wird flugs der »Head of Verbal Communication«. Der »Fußpfleger« verwandelt sich in einen »Foot Health Gain Facilitator«. Englische Berufsbezeichnungen sollen die Bedeutung des Berufes bis ins Unfaßbare aufblähen. Bei einer entsprechenden Gehaltsverbesserung ist das vielleicht willkommen, zunächst aber verwirrt derlei Geschwurbel. »Für wie dumm hält man die Bewerber?«, fragt die Journalistin zu Recht. (Quellen: *nzz.ch* u. »Verein deutsche Sprache«, 8. 5.21)

Öko-Heuchelei: Grünen-Wähler fahren am liebsten SUV. Inzwischen ist jedes dritte neu zugelassene Auto ein SUV (927.843 Neuzulassungen allein im Jahr 2020). Angesichts des zunehmenden Klimabewußtseins und der allgegenwärtigen Nachhaltigkeitsdebatte mag diese Entwicklung verwundern, denn SUVs sind im Vergleich zu einem normalen Kleinwagen doppelt so schwer und gelten daher allgemeinen als »Klimakiller«. Mehr Gewicht bedeutet auch mehr Bedarf an Energie für den Antrieb, und das wiederum bedeutet mehr CO₂-Ausstoß. Die Deutsche Energieagentur (dena) hat berechnet, daß mit 198 Gramm pro gefahrenem Kilometer der CO₂-Ausstoß bei SUVs doppelt so hoch wie bei Kleinwagen. Zudem verursachen auch sie mehr Feinstaub und Mikroplastik, da ihre Reifen deutlich breiter sind. Eine Umfrage (durch das Nürnberger Marktforschungsinstitut Puls) zum Thema SUV-Nutzung in Deutschland brachte ein überraschendes Ergebnis zutage: Ausgerechnet bei den Grünen-Wählern steht der panzerähnliche »Klimakiller« auf vier Rädern am häufigsten vor der Haustür, und zwar jeder sechste Grünen-Sympathisant! Sven Barthel schlußfolgert: »Es scheint also durchaus etwas dran zu sein, am sich hartnäckig haltenden Klischee vom besserverdienenden, grünen Bürgertum, welches mit dem SUV zum Bio-Laden fährt.« (Quelle: *Merkur*, 20.5.21)

Razzia bei Richter. Bei einem Weimarer Richter gab es eine Hausdurchsuchung, nachdem er die Masken- und Testpflicht an zwei Schulen ausgesetzt hatte. Da es ums Kindeswohl gehe, hatte er sich als Familienrichter auch dafür zuständig erklärt, Behörden Vorgaben zu Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz zu machen. Das Verwaltungsgericht Weimar bezeichnete die Entscheidung als »offensichtlich rechtswidrig«. Denn Familiengerichten stünde es nicht zu, Anordnungen gegenüber Behörden zu treffen. Wenn das zutrefte – und dies hätte der Familienrichter wissen müssen –, könnte der Straftatbestand der Rechtsbeugung verwirklicht sein. Bei der Razzia wurden Mobiltelefon und Computer sichergestellt. Hausdurchsuchungen bei Verdacht auf Rechtsbeugung seien selten, sagte Richtervereinigungssprecher Carsten Löbber. Der bekannte Hamburger Strafverteidiger Gerhard Strate als Anwalt des Familienrichters erklärte: »Was der Richter geschrieben hat, mag mit guten Argumenten bestritten werden, es ist aber sorgfältig begründet und keineswegs abwegig.« Er kritisierte, den Vorwurf der Rechtsbeugung könne nur eine Justiz erheben, »die im vorauseilenden Gehorsam die zu erwartenden Gängelungen durch die Exekutive schon vorwegnimmt«. Die Mindeststrafe für Rechtsbeugung beträgt ein Jahr, was bei einer Verurteilung die Entfernung aus dem Staatsdienst zwingend zur Folge hätte. (Quelle: *t-online.de*)

Geld für Antifa-Zentrum. In Freiburg stimmte der gesamte Gemeinderat bis auf die zwei AfD-Vertreter (u. a. Dubravko Mandic), also auch CDU, FDP und Freie Wähler, für eine kommunale Finanzierung des autonomen Zentrums KTS. »Der gesamte Gemeinderat, außer der AfD, stimmte dafür, das KTS als Hort des gewaltbereiten Linksextremismus weiterhin mit 245.000 Euro/Jahr zu fördern«, empörte sich AfD-Stadtrat Dr. Huber. Und in Chemnitz endete ein Strafverfahren gegen den CDU-Abgeordneten Jürgen Leistner, der den Fraktionschef von Pro-Chemnitz, Martin Kohlmann, lautstark als »Arsch« titulierte, mit einer Einstellung gemäß § 153a StPO unter der Bedingung, dass der CDU-Mann einen Geldbetrag an das ›Alternative Jugendzentrum Chemnitz‹ (AJZ) bezahlt. Das AJZ ist Treffpunkt der harten Antifa-Szene, der auch vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Leistner hatte sich zuvor geweigert, sich für seine Entgleisung bei Kohlmann zu entschuldigen. (Quellen: *Facebook* Dubravko Mandic & Freie Sachsen)

Heteros benachteiligt. Bei der Wahl zur Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) benachteiligte die grüne Liste GRAS (Grüne und Alternative Student_innen) alle, die keiner Minderheit angehörten. Denn nur wer unter die Exotengruppe FLINT (Frauen, Lesben, Inter-, Non-Binary und Transgender-Personen) fiel, durfte als Graspitzenkandidat zur ÖH-Wahl antreten. Die FLINT-Spitzenkandidatin war jedoch kein FLINTenweib. In der ÖH-Bundesvertretung erhielt GRAS 12 der 55 Sitze, genauso viele wie die ÖVP-nahe AG. Platz 1 ging an den sozialistischen VSSTÖ mit 14. Der FPÖ-nahe Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) blieb trotz Zugewinnen (von 1,9 % auf 2,7 %) bei einem Sitz. Nur bei den Studenten (idR. Offizieranwärter) des militärischen Fachhochschulstudiengangs »Militärische Führung« blieb der RFS mit 38,9 % auf Platz 1, verlor aber bei einem Minus von 15,2 % seine absolute Mehrheit. (Quelle: *Der Standard*)

Der Limburger Bischof und Chef der Bischofskonferenz Georg Bätzing gilt innerhalb der Kirche als relativ liberal im Umgang mit Homosexuellen und stellte bereits das pauschale Sex-Verbot der Kirche für Schwule und Lesben in Frage. Er fordere eine Weiterentwicklung der katholischen Sexuallehre. (Foto: Bistum Limburg)



Homo-Segnungen. Seit der Bekräftigung von Papst Franziskus im März, keine homosexuellen Paare zu segnen, rebellieren einige Geistliche in der BRD dagegen. Dabei gilt die Laienorganisation, das ZK der deutschen Katholiken, als Speerspitze der Modernisierer und diskutiert seit 2019 mit der deutschen Bischofskonferenz über die Themen Zölibat, Homo-Segnungen und Frauenordination. ZK (»Kirche von unten«) und sog. progressive Priester (»Kirche von hinten«) kamen unter dem b-analen Motto »Liebe gewinnt« überein, demonstrativ gleichgeschlechtlichen Paaren nicht nur warme Worte, sondern auch in der Kirche den Segen zu geben. Dies geschah in etwa 100 Kirchen, auch in Österreich. Dabei wehte vielfach die Regenbogenfahne vor dem Gotteshaus, was bei konservativen Katholiken zu empörten Reaktionen führte. In Berlin segnet etwa der Jesuitenmönch Jan Korditschke am 16. Mai ein Homo-Pärchen mit den Worten: »Mit dem Segen möchte ich die Liebe der Homosexuellen feiern.« 200 Theologen aus dem gesamten deutschen Raum verabschiedeten eine Erklärung, in der sie die Haltung des Vatikans offen ablehnen. Sogar der Kapo der Deutschen Bischofskonferenz, der Limburger Bischof Schorsch Bätzing, erklärte opportunistisch lauwarm: »Ich bin ein guter Konservativer, weil ich die Kirche liebe und gerne mein Leben für sie gebe. Aber ich will, daß sich das ändert.« Der Vatikan konterte so: »Keine Beziehung oder Partnerschaft – auch wenn es eine stabile Beziehung ist – kann außerhalb der Ehe gesegnet werden!«

Merkel Zigeunerkönigin. Am 28. April 2021 wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma ausgezeichnet. In ihrer Dankesrede, in der sie u. a. dem Präsidenten Kiska, Herrn Rose und Frau Kappler (sic!) persönlich ansprach, propagierte sie den »Kampf gegen den Antiziganismus«, was übersetzt nichts anderes heißt als die Bekämpfung von Zigeunerfeindlichkeit. Anscheinend haben Gutmenschen erkannt, daß die Bezeichnung »Sinti und Roma« nicht alle Stämme dieses Volkes umfaßt. Da man aber den Begriff – aus nicht nachvollziehbaren Gründen – als beleidigend betrachtet, umschreibt man dieses Wort nun mit der internationalen Bezeichnung »Ziganismus« bzw. dem Wortstamm »zigan«, obwohl Bedenkenräger darauf hinweisen, daß dadurch auf die »diskriminierende Fremdbezeichnung »Zigeuner« abgestellt werde. (Quelle: *Bulletin der Bundesregierung*)

Rechter Sieg in Madrid. Bei den Regionalwahlen in der spanischen Hauptstadt Madrid gewannen die Parteien rechts der Mitte deutlich hinzu und bilden nun eine Koalition. Die konservative Partei Partido Popular (PP) unter Isabel Diaz Ayuso wurde stärkste Kraft, verfehlte aber knapp die absolute Mehrheit. Mit den Stimmen der Regionalräte der Anti-Einwanderungspartei VOX kann sie jedoch eine stabile Mehrheit bilden. Damit durchbricht die PP die von linken Parteien ausgerufenen Ausgrenzungspolitik gegen die neue Rechtspartei. Mit 65 (PP) plus 13 Stimmen (VOX) verfügt das rechte Bündnis über 78 der 137 Regionalräte in der Region Madrid. (Quelle: *Mittleuropa*)

Semperoper ohne Thielemann. Der weltweit geschätzte Chefdirigent der Staatskapelle Dresden, Christian Thielemann (62), soll nach dem Willen der Sächsischen Staatsregierung nicht weiterbeschäftigt werden. Dabei verzichtete man auf eine Einbindung des Orchesters in die Willensbildung. Die schwarz-rot-grüne Landesregierung ignorierte dabei die Tatsache, daß die Semperoper eine fast hundertprozentige Auslastung hat. Laut sächsischer AfD stößt sich die zeitgeistige Regierung daran, daß »hier linksgrünes Musiktheater, gegenderte Inszenierungen und ideologischer Kulturmarxismus noch keinen Einfluß auf die Bühne hatten«. (Quelle: AfD-Landtagsfraktion Sachsen)

Politisch korrekter »Tatort«. Das unselige, leistungsfeindliche Quotensystem hält allmählich auch Einzug in der Filmbranche. Staatliche Förderungen für Filme gibt es vielfach nur noch, wenn verschiedene Minderheiten als Schauspieler vorkommen und auch die Handlung den politisch korrekten Vorstellungen entspricht. So wandten erstmals der NDR und die Wüste Medien GmbH für die Produktion einer neuen »Tatort«-Folge das Konzept des »Inclusion Rider« an. Hierbei handelt es sich um einen Ansatz aus der US-Unterhaltungsindustrie, der ver-



Christian Thielemann, Verehrer und früherer Assistent Herbert von Karajans, soll nicht weiterbeschäftigt werden. Sein Reich ist die deutsche Romantik, Experimente auf der Bühne sind ihm ein Greuel. Aus linksgrüner Sicht paßt der geniale Dirigent daher »nicht mehr in die Zeit«. (Fot:

langt, Filme möglichst vielfältig zu besetzen: »Die Entscheidung für einen Inclusion Rider von mir und vieler meiner Kolleginnen und Kollegen soll zeigen, daß auch wir als Kreative Verantwortung übernehmen, unsere Branche chancengerecht, inklusiv und pluralistisch zu gestalten«, tönte in vorausweisendem Gehorsam Regisseurin Mia Spengler als Vertreterin des Senders mit. Gemäß *NDR* sind 17 % der an dem »Tatort« mit dem Arbeitstitel »Schattenleben« beteiligten Personen sog. BI-PoC, womit Nicht-Weiße gemeint sind. Außerdem seien 65 % der Führungspositionen mit Frauen besetzt. Der Sender bekräftigte, die Initiative mit zusätzlichen Praktikumsplätzen für unterrepräsentierte Gruppen in der Filmbranche zu besetzen. Mittlerweile gibt es verpflichtende Fragebögen für Filmemacher zum Thema Diversität. Einige der Fragen lauten: »Sind die Geschlechter in der Geschichte ausgeglichen repräsentiert? Tauchen Figuren mit anderer als heterosexueller Orientierung auf?« (Quelle: *Junge Freiheit*)

Xavier Naidoo unerwünscht. Der farbige Liedermacher Xavier Naidoo (»Söhne Mannheims«), dem eine Nähe zu sog. Reichsbürgern und der QAnon-Bewegung nachgesagt wird, soll, wenn es nach dem Willen von SPD, Linkspartei und Grünen geht, ein Auftrittsverbot in Rostock bekommen. Der Sänger, der früher als Vorzeigefarbiger gehandelt und mit BRD-Preisen wie dem »Bambi« oder der »Goldenen Kamera« ausgezeichnet wurde, plant nämlich im August in der Hansestadt ein Konzert. Der christliche Abtreibungsgegner Naidoo machte sich zuletzt für Trumps Wiederwahl stark und geißelte die Corona-Maßnahmen. Gegen das Mehrheitsvotum der Rostocker Bürgerschaft, das an dunkle DDR-Zeiten erinnert, wetterte das CDU-Bürgerschaftsmitglied Heinrich Prophet: »Nur weil einem der politische Tenor einer Künstlerpersönlichkeit nicht gefällt, kann man ihr ja nicht das verfassungsmäßige Grundrecht auf Ausübung der Kunst nach Art. 5 Absatz 3 Grundgesetz absprechen!« Auch die Stadtverwaltung hat Bedenken gegen rot-rot-grünen Bannstrahl, denn schließlich sind öffentliche Einrichtungen wie die Stadthalle zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes verpflichtet. (Quelle: *Mittleuropa*)

Abgeordneter verhaftet. Der griechische EU-Abgeordnete Ioannis Lagos, der 2019 über die nationalistische »Goldene Morgenröte« (XA) ins EU-Parlament gewählt worden war und dann die Partei verließ, wurde nach Aufhebung seiner Immunität aus Belgien ausgewiesen. Im Oktober 2020 hatte ein griechisches Gericht Lagos wegen »Führen einer kriminellen Vereinigung« (gemeint ist die mittlerweile verbotene Partei XA, die vor Jahren zur drittstärksten Kraft wurde) und anderer Straftaten zu 13 Jahren und acht Monaten verurteilt. Der Betroffene sagte, »Diebe, Atheisten und Antigriechen« wollten ihn hinter Gitter bringen. (Quelle: *zentralplus.ch*)

Auslieferung der Südtirol-»Bumser«? Die aufstrebende und in Umfragen schon stärker als die Lega befindliche italienische Rechtspartei »Brüder Italiens« (Fratelli d'Italia; FdI) forderte im Parlament in Rom die Festnahme Südtiroler Freiheitskämpfer, die – meist vor über 50 Jahren – von der italienischen Justiz rechtskräftig verurteilt wurden und in Deutschland bzw. Österreich leben. Anlässlich der Festnahme ehemaliger italienischer Linksextremisten (Rote Brigaden) in Frankreich, die

zuvor viele Jahre unbehelligt dort leben konnten, sollen nach dem Willen der FdI auch Südtiroler »Ex-Terroristen« festgenommen werden. Laut FdI gab es von 1956 bis 1988 in Südtirol, dessen autochthone deutsche (und ladinische) Bevölkerung gezielt durch massenhafte Ansiedlung von Südtalienern überfremdet und damit umgevolkt werden sollte, 361 Anschläge auf Italiener bzw. deren Einrichtungen, die insgesamt 21 Tote (darunter 15 Sicherheitskräfte) und 57 Verletzte zur Folge gehabt hätten. Einige Opfer gingen jedoch auf das Konto des italienischen Geheimdienstes. Auf Grund fehlender rechtsstaatlicher Standards – einige Angeklagte wurden gefoltert – bei den Südtirolprozessen lehnten Berlin und Wien stets die Auslieferung der Verurteilten ab. (Quelle: APA)

Kritik an Israel-Flagge. Nachdem sich die schwarz-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in Wien dazu entschlossen hatte, während der Gefechte zwischen Israelis und Palästinensern sich als militärisch neutraler Staat auf die Seite Tel Avivs zu schlagen und deshalb neben der österreichischen auch die israelische Flagge auf dem Bundeskanzleramt zu hissen, gab es Kritik daran von FPÖ und Ex-Bundespräsident Heinz Fischer (SPÖ). Dieser nannte »die Einseitigkeit auf dem Dach des Kanzlers schmerzlich«. Denn die neutrale Alpenrepublik sollte sich bei »diesem tragischen Konflikt« nicht einseitig positionieren und damit nicht »seine Rolle als fairer Gesprächspartner für beide Seiten« verspielen. Fischer, der selbst jüdische Wurzeln hat, mahnte: »Und die israelische Politik entfernt sich immer mehr von echten Bemühungen um eine für beide Seiten erträgliche Lösung auf der Basis internationalen Rechtes.« (Quelle: *unzensuriert.at*)

Sellner siegt über Engelberg. Obwohl Österreichs Identitären-Chef Martin Sellner im Rechtsstreit gegen den ÖVP-Nationalratsabgeordneten Martin Engelberg, seines Zeichens langjähriges umtriebigen Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), auf ganzer Linie obsiegt hatte – Sellner, der Engelberg auf *Youtube* als »mieses Heuchler« und »Heimatverräter« bezeichnet hatte, bot lediglich vor dem Wiener Handelsgericht einen Unterlassungsvergleich an und schloß dann einen Teilvergleich –, meldeten alle Systemmedien einen »juristischen Sieg« Engelbergs. Dieser muß laut Gericht als Politiker gemäß § 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit) solche Schmähungen erdulden. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Schwarzer Bürgermeister Rassist. Chicagos schwarze Bürgermeisterin Lori Lightfoot (Demokratische Partei), eine bekennende Lesbe, entpuppte sich am 2. Jahrestag im Amt als beinharte Rassistin. Sie kündigte nämlich an, nur noch nicht-weißen Journalisten Einzelinterviews zu geben. Denn sie sei bereits seit Jahren darüber »schockiert«, daß eine große Mehrheit der Medienvertreter in ihrer Stadt »weiß und männlich« sei. Lediglich wenige im Rathaus akkreditierte Journalisten seien Neger, Mulatten, Latinos, Indianer oder Asiaten. Und im Rathaus-Pressekorps gebe es keine einzige nicht-weiße Lohnschreiberin. »In meinem Erwachsenenleben unternahm ich stets alles in meiner Kraft Stehende, um für Diversität und Inklusion zu kämpfen. Als Bürgermeisterin bin ich in einer einmaligen Position, um dieses äußerst wichtige Thema ins Rampenlicht zu rücken«, erklärte die schwarze Rassistin. (Quelle: ORF)

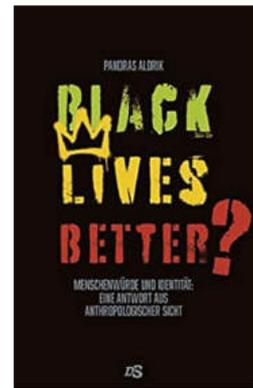
Hausdurchsuchung bei Höcke. Im Zuge von Ermittlungen wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) gegen Thüringens AfD-Landes- und Fraktionschef Björn Höcke erfolgte Mitte Mai bei diesem eine Hausdurchsuchung. Die Staatsanwaltschaft erklärte, Höcke stehe im Verdacht, ein Bild der Schlepperin Carola Rackete gepostet zu haben mit der Zeile: »Ich habe Folter, sexuelle Gewalt, Menschenhandel und Mord importiert. Mit solchen Kriminellen können sich nun die Menschen in Europa herumschlagen – eine Verantwortung dafür, wen Rackete da gesetzwidrig auf den Kontinent geschafft hat, übernimmt sie natürlich nicht.« Er könnte damit eine bestimmte Menschengruppe (Flüchtlinge) pauschal als Kriminelle stigmatisiert haben. Mit der Razzia wolle man herausfinden, ob Höcke persönlich für die Veröffentlichung des Textes verantwortlich sei. Dieser entgegnete, daß der Durchsuchungsbeschuß bereits am 5. Februar 2021 erlassen und wohl bewußt kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vollzogen worden sei. Ferner sei der Ersteller der im Juli 2020 getätigten Anzeige SPD-Mitglied und im Bereich »Polizeiliche Extremismusprävention beim Freistaat Thüringen« tätig. Ein Strafverfahren gegen den linken Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow wurde hingegen rasch eingestellt. Höcke beklagt, die Staatsanwaltschaft habe bewußt Sätze aus dem Zusammenhang gerissen. Denn sein Vorwurf habe sich dezidiert auf drei kriminelle »Flüchtlinge« bezogen, die schwerste Straftaten begangen hatten, und nicht auf alle. Damit verfuhr die Justiz gegen Höcke genauso wie weiland ihre Kollegen in Österreich gegen die *Aula*, als es um den Vorwurf der kollektiven Beleidigung von KZ-Häftlingen ging. Auch dort wurde, obwohl sich der Vorwurf nur auf ganz bestimmte kriminell gewordene Ex-Häftlinge bezog, bis zum Obersten Gerichtshof behauptet, der Autor habe alle KZ-Häftlinge gemeint. Ramelow ätzte auf *Twitter* wegen der Razzia und ließ durchblicken, daß deren Sinn wohl erhoffte »Zufallsfunde« war, die man dann politisch »verwerten« könne. (Quelle: *dpa*)

Resettlement – was heißt das? Im Rahmen einer »Allianz für Resettlement« sollen sich die EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme anerkannter Flüchtlinge verpflichten, und zwar in Höhe von 0,05 Prozent der eigenen Bevölkerungszahl – wie selbstverständlich pro Jahr. Im Falle von Deutschland wären das im Jahr 40.000 umgesiedelte Migranten. Der Vorschlag erfolgte bei der Vorstellung des Berichts der Fachkommission »Fluchtursachen« am 15. Mai in Berlin. (Quelle: *berliner-zeitung.de*, 21.5.21)

»Alternatives Migrationskonzept«. Die AfD Baden-Württemberg präsentierte als vermeintlichen Gegenentwurf zu Grün-Schwarz ein »alternatives Migrationskonzept«. Darin betrachtet man die Einwanderung in die BRD überwiegend aus wirtschaftlicher Sicht. So soll es »legale Einwanderung aus Drittstaaten« geben, wenn Fremde in Mangelberufen arbeiten wollen. Man nimmt sich dabei Kanada als Vorbild und propagiert ein Punktesystem, das »berufliche Qualifikation und Sprachkenntnisse berücksichtigt«. Dieser Punkt lautet so: »Die ökonomisch sinnvolle Arbeitsmigration von Menschen außerhalb der EU in die Bundesrepublik muß erleichtert werden.« (Quelle: AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg)

Falsche Vaterschaften. Ein FAZ-Bericht offenbarte, daß die Migrationsmafia mit Anstiftung zu falschen Vaterschaftsanerkennungen abgelehnten Asylbewerberinnen mit Kind den dauerhaften Verbleib in der BRD ermöglicht. Dabei werden mittellose deutsche Sozialhilfeempfänger animiert, falsche Vaterschaften von einer Behörde, auch dem Notar, bekrunden zu lassen, damit das »Ankerkind« dann die deutsche Staatsangehörigkeit bekommt. Die falschen Väter bekommen dann unter der Hand Tausende Euro dafür und können vom Staat als Mittellose nicht in Regreß genommen werden. Die Folge für die Mutter: Aufenthaltsrecht und Sozialleistungen. Der frühere Bundesrichter Harald Dörig (SPD) schlug indes vor, den Mißbrauch abzustellen, ohne die Reform des Familienrechts anzutasten. Dazu müsse man vorschreiben, daß die Anerkennung einer Vaterschaft vorab der Ausländerbehörde zur Zustimmung vorzulegen sei, sofern ein Elternteil keinen deutschen Paß hat. (Quelle: FAZ)

Droht Frankreich ein Bürgerkrieg? Eine Gruppe aktiver französischer Militärangehöriger hat erneut einen offenen Brief (in der Zeitschrift *Valeurs actuelles*) an den Präsidenten Emmanuel Macron veröffentlicht, in dem sie ihn vor einem »Bürgerkrieg« warnt, der sich im Land zusammenbraut, weil er »Zugeständnisse« an den Islamismus gemacht habe. Macron und die Regierung werden aufgefordert, die Nation unter anderem vor dem »Islamismus und den Horden aus den Vorstädten« zu verteidigen. Aber auch linke Kreise, die einem »Antirassismus« das Wort redeten, werden zu den Gegnern gezählt. Das Militär sei bereit einzugreifen, um die »zivilisatorischen Werte« Frankreichs zu schützen, heißt es. Der Text endet mit den Worten: »Es ist keine Zeit mehr zu zögern, sonst wird der Bürgerkrieg dem wachsenden Chaos ein Ende bereiten und die Zahl der Toten (...) in die Tausende gehen.« Marine Le Pen von der Partei »Rassemblement National« (früher »Front National «) begrüßte den Aufruf: Die Unterzeichner des Briefes brächten zum Ausdruck, dass die Situation des Landes besorgniserregend sei und es Regionen der Gesetzlosigkeit gebe. Verteidigungsministerin Florence Parly drohte mit Sanktionen gegen die Unterzeichner und beschuldigte sie der Insubordination und des Putschismus. Le Pen rief die Militärs auf, sie im Präsidentschaftswahlkampf kommenden Jahr zu unterstützen. (Quelle: u.a. *Stuttgarter Zeitung*, 12.5.21)



Pandras Aldrik
Black Lives Better?

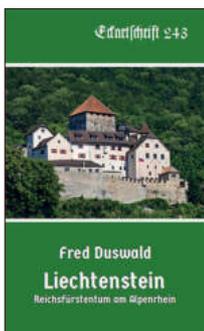
Der Autor befaßt sich angesichts der von Medien und Politik unterstützten schwarzen Bewegung »Black Lives Matter« mit der Entwicklung der Menschheit am Beispiel der Europäer. Geht die Wiege des Abendlandes allmählich ihrem Untergang entgegen? Aldrik konstatiert, daß die verantwortungslose Politik westlicher Mächte in verschiedenen Regionen der Welt Massenmigration verursacht, die wiederum nicht nur dazu führt, dass indigene Populationen verdrängt, sondern auch, daß die ehemaligen Gebiete einen Verlust an Arbeitskräften erleiden«, und zwar vor allem an hochqualifizierten. »Großkapitalismus und Geopolitik« saugen die armen Länder aus – »zum Leid aller indigenen Menschen und Ökosysteme«. Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Lebensrechte indigener Populationen! (156 S., € 14,80, DS-Verlag, Riesa)

Manfred Haimbuchner im Portrait

Genau ein Jahr vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich erschien im Grazer Stocker Verlag eine Biographie über eine Führungsfigur der FPÖ, nämlich über Manfred Haimbuchner, seines Zeichens Vize-Ministerpräsident (Landeshauptmann-Stv.) in Oberösterreich. Nachdem die FPÖ dort 2015 mit gut 30 % zur zweitstärksten Partei geworden war, trat sie mit drei Landesräten (Landesminister) – als Juniorpartner, obwohl nur unwesentlich schwächer als die Volkspartei – in die Regierung mit der ÖVP ein. Spätestens seit dieser Zeit gehört Haimbuchner auch zu den Schwergewichten in der blauen Bundespartei. Der promovierte Jurist und Corpsstudent ist mehr liberal als national – lehnt aber die Homo-Ehe und Adoption durch Homo-Paare ab – und legt wert auf ein staatsmännisches Auftreten. Über seinen Studentenverband, die »Kösener«, sagte er: »Corps distanzieren sich von allen ethnischen Fragestellungen. Weltoffenheit und Toleranz sind unsere Grundsäulen. Politische Festlegungen und eine Auswahl der Mitglieder nach Herkunft, Religion oder anderen äußeren Merkmalen sind in den Corps verpönt.« Für Aufhorchen sorgte er, als er einmal erklärte, er wolle die FPÖ eher in Richtung CSU oder SVP (Schweiz) führen. Ihm geht es ums Gestalten und Mitregieren. Daher werfen Nationale dem Mandi vor, er buckele in der Landesregierung zu sehr vor den Schwarzen, um die Koalition nicht zu gefährden. Das Buch schildert Leben, Gedanken, Einstellung und Ziele Haimbuchners und enthält zahlreiche Zitate seiner Weggefährten. Während sein Vorgänger als FPÖ-Landeschef, der kernnationale Lutz Weinzinger, als Stichwortgeber genannt wird, vermisst man jedoch Elmar Podgorschek, nationales Aushängeschild der Landespartei aus dem Innviertel, der Landesrat war und nach Kritik durch die ÖVP in vorausseilendem Gehorsam von Haimbuchner fallengelassen wurde. Die Wahl im Frühherbst wird wohl entscheiden, ob Haimbuchners Karrierehoch anhält. Manche wünschen sich ihn als Chef der Bundespartei – mangel passender blauer Köpfe durchaus vorstellbar.



Klaus Edlinger:
Manfred Haimbuchner – Heimat, Sicherheit, Leistung.
Ein Portrait in Bildern und Gesprächen. 192 S., • 20,-. Stocker Verlag, Graz 2020



Fred Duswald,
Lichtenstein,
112 S., € 9.20,
Eckartschrift

Fred Duswald · **Lichtenstein**

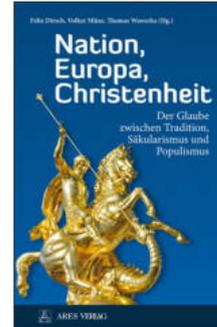
Nach seiner Eckartschrift über Luxemburg verfaßte Fred Duswald nun eine weitere, und zwar über Lichtenstein. Wieder handelt es sich um einen Kleinstaat, der von einem alten deutschen Adelsgeschlecht regiert wird und damit eine Erbmonarchie ist. Bis zum Ersten Weltkrieg war Lichtenstein Österreich durch eine Zoll- und Währungsunion verbunden, danach lehnte es sich wirtschaftlich an die Schweiz an. Der Verfasser betont, daß das kleine Fürstentum am Rhein vom Dritten Reich außenpolitisch korrekt behandelt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Lichtenstein zu einem bedeutenden Finanzplatz und einer prominenten Steueroase. Als deutscher (!) Staat (wider Willen) fielen die in Böhmen gelegenen riesigen Ländereien des Fürsten nach 1945 den Benesch-Dekreten zum Opfer.

Nation, Europa, Christenheit

In nationalen Kreisen wird vielfach die universalistische Ausrichtung des Christentums als Begründung für dessen vermeintliche Unvereinbarkeit mit patriotisch-rechten Positionen herangezogen. Zeitgeistige Äußerungen hoher kirchlicher Vertreter befeuern diese Ansicht noch. Doch die Ziele des globalen Liberalismus wie schrankenloser Freihandel, länderübergreifende politische Eingriffe oder schrankenlose Migration sind keineswegs deckungsgleich mit der Lehre der christlichen Kirchen. »Rechte Christen« wie der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz, beleuchten im vorliegenden Buch ihr Verhältnis zu Volk und Staat. So wie die führenden Vertreter der Altparteien schon vor Jahrzehnten vor dem Zeitgeist in die Knie gegangen sind, so kapitulieren nun bundesdeutsche und österreichische Bischöfe – aus Angst vor medialer Kritik – vor den Brüsseler Werten und verraten damit jahrtausendealte Glaubensgrundsätze. Daß es auch anders geht, beweisen führende Vertreter des ost- und südeuropäischen Christentums. Sie bekennen sich klar zu Volk, Heimat und nationalen Tugenden und bieten »westlichen Errungenschaften« wie Abtreibung, Genderwahn und »Homo-Ehe« mutig die Stirn. Es zeigt sich, daß neben der Notwendigkeit einer politischen Neuordnung Europas auch das Christentum und dessen führende Vertreter im Abendland eine Rückbesinnung auf ihre alten Glaubensgrundsätze nötig haben. Die vorliegenden Aufsätze bieten eine gute Diskussionsgrundlage dazu.

Nationalismus als Tugend

In Zeiten von EUphorie und Übertragung von Souveränität auf supranationale Gremien scheint die Zukunft nicht mehr im Nationalstaat zu liegen, sondern in multinationalen Gebilden à la EU. So wollen es jedenfalls die herrschenden Politiker und Medien den Bürgern suggerieren. Doch gegenläufige Entwicklungen wie Trumps »America first!« oder der Brexit, aber auch die volksverbundene Politik der Visegrädstaaten und nicht zuletzt Corona zeigen, daß der souveräne Nationalstaat Zukunft hat und wohl alternativlos ist. Schon Carl Schmitt erkannte, daß es echte Volksherrschaft nur in einem homogenen Staatsgebilde geben könne. So wie der bekannte israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld aus wissenschaftlicher Sicht Kampfkraft und Auftragstaktik der Wehrmacht positiv hervorhebt, so ist es sein Landsmann Yoram Hazony, der im vorliegenden Werk die Vorzüge des Nationalismus anpreist, und zwar nicht aus Auserwähltheitsdenken oder Überheblichkeit, sondern getragen von einer humanistischen Grundhaltung und der tiefen Überzeugung, daß liberaler Internationalismus eine »imperialistische Ideologie« sei, »die gegen den Nationalismus und die Nationalstaaten hetzt«.



Dirsch/Münz/
Wawerka (Hg.):
**Nation, Europa,
Christenheit** –
Der Glaube zwischen
Tradition,
Säkularismus
und Populismus,
240 S., € 19,90.
ARES Verlag
Graz 2019



Yoram Hazony:
**Nationalismus
als Tugend**, 272
S., € 25,-. ARES
Verlag, Graz
2020

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Den Kongreß im Visier

Die GfP ist bestrebt, so bald wie möglich ihren 2019 abgesagten, 2020 auf Grund von Corona verschobenen und grundsätzlich für 2021 geplanten Kongreß durchzuführen. Doch die nach wie vor strengen Vorschriften für Veranstaltungen im geschlossenen Innenbereich, nämlich Abstandsregeln, Maskenpflicht, Nachweise über Impfung, Testung bzw. Covid-Genesung, und die Möglichkeit kurzfristiger Verschärfungen auf Grund fragwürdiger Inzidenzwerte lassen weder die Planung einer GfP-Tagung zu noch die Abhaltung eines Kongresses mit mehr als 50 Teilnehmern. Denn bekanntlich faßt der Tagungsraum im thüringischen Kirchheim, wo sich unser bewährtes Tagungslokal befindet, bei herkömmlicher Bestuhlung »nur« gut 100 Personen. Wenn man also coronabedingt die Abstände vergrößert, wird man maximal für 50 Menschen Platz schaffen können, was einen Kongreß unrentabel macht und eher einer Hinterzimmeratmosphäre gleicht. Dazu ist mit behördlichen Kontrollen wegen der bestehenden Maskenpflicht in Räumen zu rechnen, welche vor allem älteren Teilnehmern kaum zumutbar ist. Unter diesen Umständen sieht sich die GfP leider veranlaßt, so lange zu warten, bis wieder halbwegs normale Verhältnisse herrschen – hoffentlich im Frühjahr 2022

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Deutsche Identität. 500 Jahre nach Luther.

Die neue Völkerwanderung. Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen.

Europas Reconquista. Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung.

Jeder Band ca. 192 S., Abb. statt 12.80 nur 5 Euro

Konto für Beiträge
und Spenden:

Beilagenhinweis:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal